

Hallische Zeitung

(im Schwetschke'schen Verlage).

Politisches und
für Stadt



literarisches Blatt
und Land.

In der Expedition der Hallischen Zeitung (Schwetschke). — Redakteur Dr. Schadeberg.

Fortsetzung des Hallischen Couriers (im Schwetschke'schen Verlage).

N 269.

Halle, Sonnabend den 12. Juni
Erste Ausgabe.

1852.

Deutschland.

Berlin, d. 9. Juni. Über die letzten Ministerberatungen unter Vorhitz des Königs am 5. Juni sind wieder eine Anzahl so irriger Behauptungen in Circulation gesetzt, daß es als eine Nothwendigkeit erscheint, hierüber genauer zu berichten. Die Anhänger der ewigen Ministerkrise sind getäuscht worden, indem das jetzige Ministerium in allen innern Fragen sich vollständig geeinigt hat und von Parteien nicht gut mehr die Rede sein kann. Das Ministerium ist in der Pairiesfrage und in der Gemeindeordnung vollständig einstimmig geworden und somit, da dies die beiden Hauptfragen über die fernere Handhabung der Verfassung sind, in allen Fragen der innern Politik. In der äußern Politik herrschte aber seit langer Zeit keine Meinungsverschiedenheit. Der Umstand, daß Hr. v. Manteuffel das bureaukratische Element im Ministerium und Hr. v. Westphalen das ständisch-junkerthümliche Element vertritt und daß die andern Minister sich dieser oder jener Richtung mehr oder weniger anschließen, enthält eben die richtigen Erfordernisse eines Ministeriums für unsere Zustände. Ein rein bureaukratisches Ministerium würde das Kammerwesen und die Verfassung nothwendig zur Vernichtung bringen, ein rein ständisch-junkerthümliches würde der Schreibstubeherrenschaft, die doch immer den größten Theil der Macht ausübt, den Krieg erklären. Halb bureaukratisch, halb ständisch-junkerthümlich (das letztere Element will die Verfassung und die Kammer unter allen Umständen erhalten wissen, da sie eben die einzigen Mächte sind, die allmächtige Bureaucratie zu paralytisiren), das ist das Programm unserer äußersten Rechten, die eben dann auch wieder insofern constitutionell wird, als sie das Gleichgewicht beider Seiten Staatsaxiome herstellen will. Dieses Gleichgewicht ist, wenn auch noch nicht vollständig, so doch annähernd im jetzigen Ministerium vertreten und deshalb müssen wir ihm eine längere Zukunft prophezeien. Hat auch die Bureaucratie die Oberhand, so ist dies aus dem historischen Elemente herausgewachsen, sehr naturwüchsig und wird stets so bleiben. Im Besondern ist in jenem Ministerrathe beschloffen worden, die I. Kammer nach Art. 65 der Verfassung zu bilden und zwar aus 30 Mitgliedern, gewählt von den Gemeinderäthen der Städte, und 90 Mitgliedern, gewählt von je 30 Mitgliedern der Höchsthbesteuerten der ländlichen Kreise. Die andere Hälfte Mitglieder, die aus königlicher Ernennung hinzukommen, wird nicht ernannt werden, sondern die so zusammengesetzte I. Kammer wird mit der II. Kammer sogleich nach Zusammentritt das Gesetz über Zusammensetzung der I. Kammer beraten, worauf die provisorische I. Kammer aufgelöst und nach dem sofort zu erlassenden Gesetze zusammenzutreten wird. In der Gemeindeordnung ist ein definitiver Beschluß nur insoweit gefaßt, als mit der fernern Einführung der Gemeindeordnung vom 11. März 1850 nicht weiter auf dem Lande vorgeschritten werden und da, wo sie eingeführt ist, dieselbe aufgehoben (1) werden und die frühere einstimmen an ihre Stelle treten soll. Eine definitive Lösung dieser Frage wird erst nach erfolgtem Zusammenritte der nächsten Kammern erfolgen.

Berlin, d. 10. Juni. Der Prinz Karl ist von hier nach Weimar abgereist.

Der außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister am königl. hannoverschen Hofe, General der Kavallerie und General-Adjutant des Königs, Graf von Noßke, ist heute früh nach Hannover und Oldenburg von hier abgegangen.

Der Ministerpräsident und der Handelsminister reisen heute zur Besichtigung der Industrie-Ausstellung nach Breslau ab.

Die Erklärung Preußens in der Zollkonferenz ist den Bevollmächtigten auch gedruckt übergeben worden.

Das „C. B.“ enthält folgende Mittheilung: „Es ist schon von mehreren Seiten zu erkennen gegeben worden, daß eine Verän-

derung unter sämtlichen Deutschen Regierungen über die Anwendung gleicher Grundsätze bei Emanirung, Umlauf, Aufheben, Wiedereinziehung von Papiergeld wünschenswerth erscheine. Was Preußen anbetrifft, so ist es jedenfalls sehr hierbei theilhaftig, und man hat diesseitig Grund genug zu Erwägungen in dieser Richtung, je mehr unser Land gerade Abzugskanal für das Papiergeld aller Kleinstaaten geworden ist. — Von durchgreifender Wirkung würde in der That nur eine Vereinbarung der Regierungen darüber sein, bis zu welcher Höhe in den Kleinstaaten Papiergeld überhaupt emanirt werden dürfe. Die Absicht, Verhandlungen hierüber, wenn auch vielleicht nicht in Frankfurt a. M., sondern auf anderem Wege herbeizuführen, war jedenfalls vorhanden und sie ist sicher ausdrücklicher Weise nicht aufgegeben. Unwahrscheinlich scheint es dagegen, daß schon die nächste Zeit als geeignet für derartige Verhandlungen erscheinen möchte, und um so mehr Grund wäre vorhanden, den Weg partieller Einigung zu betreten. Die Krise, in der sich die Gestaltung der Deutschen Zoll- und Handelsverbindungen befindet, und die bevorstehende Entwicklung und Entscheidung derselben scheint geeignet, auch der Erledigung dieses Punktes Vorschub zu leisten. Es ist nicht anzunehmen, daß es an betreffender Stelle dazu an Anregung fehlen sollte, und so ist es vielleicht möglich, neben der Konstituierung des neuen Zollvereins eine Vereinbarung unter den denselben bildenden Regierungen über die Papiergeldverhältnisse stattfinden zu lassen. — Eine solche Vereinbarung würde dann wohl auch zur Folge haben, daß die außerhalb derselben stehenden Staaten aufhöhen, für ihr Papiergeld den jetzigen offenen Markt, ja die gefällige meist vorhandene Annahme desselben in öffentlichen Kassen zu genießen.“ Die „N. Pr. Z.“ fügt dieser Mittheilung hinzu: „Es dürfte diese Vereinbarung um so mehr zu befehlen sein, als bei der beabsichtigten „Regelung der Geldverhältnisse der Friedrichs-Nordbahn“ wieder eine Emanirung von 4 1/2 Millionen Kurhessischer Eisenbahnscheine in Aussicht steht, die Preußen zu überfluthen drohen, und denen daher bei Zeiten ein Damm entgegenzusetzen sein dürfte!“

Von Seiten der groß. badischen Regierung ist, wie verlautet, nun ebenfalls die förmliche Ratifikation der handelspolitischen Uebereinkünfte, welche von den Bevollmächtigten Baierns, Sachsens, Württembergs, der beiden Hessen und Nassaus Anfangs April in Darmstadt abgeschlossen worden waren, ausgesetzt worden. Die Auswechslung der Ratifikationen dieser Traktate von Seiten der übrigen genannten Staaten war bereits am 20. April in Frankfurt erfolgt.

Auf Veranlassung des Konfissoriums wird jetzt in vielen evangelischen Gemeinden der Mark folgende Anrede in Betreff der Jesuitenmissionen zur Vorbereitung auf eine kirchliche Kollekte verbreitet:

Die ungenügende Thätigkeit der römisch-katholischen Kirche, vor Allem die Jesuitenmissionen, bringen über viele unserer unter einer katholischen Bevölkerung lebenden evangelischen Brüder sehr große und dringende Gefahren des Abfalles. Der Genuß- und Lust-Verein bereitet diesen unsern gescheiterten Glaubensgenossen zwar Schatz nach seinen besten Kräften; sie reichen jedoch bei Weitem nicht aus, können auch nur solchen zu Gute kommen, die zahlreich genug beisammen sind, um neue Gemeinden zu bilden; die Vereinzelten kommen niemals. Diese aber leben dann ohne kirchliches Bewußtsein, ohne Wort und Sakrament, und zeigen sich daher auch oft in ihrem sittlichen Verhalten auf einer niedrigeren Stufe, als die Klasse der sie umgebenden Bevölkerung, und dann daran gewöhnt, das innere Leben der evangelischen Kirche nach dem Maßstab zu beurtheilen, welchen solche einzelne, verkommene Glieder derselben sich gewöhnen. Dies hat unsere höchste Kirchensynode, der hochwürdigste evangelische Oberkirchenrath in Berlin, zu bezogen genommen, und will für die am meisten bedrängten Provinzen unsers theuern Vaterlandes ein geordnetes System von evangelischen Missionen unsern theuern Vaterland zu Anwendung seiner Gefahren ins Leben rufen. Es fehlt jedoch an den Geldmitteln dazu, und bevor solche durch die Regierung und die Kammer bewilligt werden können, dürfen schon sehr viele evangelische Christen ihrem Bekenntnisse untreu geworden sein; zum großen Theile ohne ihre Schuld. Der evangelische Oberkirchenrath wendet sich daher zum erstenmal an die ferne Liebe der Gemeinden. Er hat in allen evangel. Kirchen des Landes auf den nächsten Sonntag, den ersten nach Trinitas

rs, die Sammlung einer Kollekte an den Kirchthüren nach beendigtem Gottesdienste angeordnet, deren Ertrag ganz allein zur Abhülfe der vorhin bezeichneten Nothstände der evangelischen Kirche von der obersten Behörde derselben verwendet werden soll.

Aus der Provinz Preußen, d. 7. Juni. Die Regierung scheint ihre bisherige passive Haltung den Jesuiten-Missionen gegenüber aufgeben zu wollen. Wenigstens wird von einer Seite, auf der man eine sehr vertraute Bekanntschaft mit den Intentionen der Königsberger und auch der höhern Provinzial-Polizei voraussetzen darf, versichert, daß die Jesuiten, wenn sie nach Königsberg kämen, ausgewiesen werden würden. Leider ist bei der jetzigen Sachlage diese Maßregelung die einzige Waffe, mit der man dem katholischen Jesuitismus entgegenzutreten kann, wenn man nämlich dem immer fester in die Brust des Volkes eingeschlossenen Drange nach religiöser und politischer Freiheit nicht Raum gewähren, wenn man ihm nicht gestatten will, mit dem scharfen Schwerte des Geistes den Jesuitismus jeder Art und Färbung niederszuschlagen. Man befindet sich in der That in einer schlimmen Lage. Die evangelische Kirche hat in der Stellung, die man ihr seit längerer Zeit angewiesen, nicht die Kraft, um durch ihr Wort die religiösen und — politischen Wirkungen der katholischen Jesuiten-Predigten irgendwie zu paralytisiren. Durch die erwähnte Maßregel aber bereitet man den Jesuiten neue Triumphe, wenn ihnen Gelegenheit gegeben wird, sich als ecclesia pressa geberden zu können. Das Mittel, aus dieser Verlegenheit herauszukommen, ist zwar sehr einfach, aber es ist eben — zu einfach!

Oldenburg, d. 8. Juni. Wie man der „Weser-Zeitung“ berichtet, hat die Ablehnung einer der vom Landtag wegen des September-Vertrages gestellten Bedingungen von Seiten der hannoverschen Regierung (über welche wir schon berichteten) hier eine große Mißstimmung hervorgerufen, zumal da man den hannoverschen Ablehnungsgrund, wonach in der projektirten Eisenbahn eine Konkurrenzbahn für die hannoversche Westbahn befürchtet wird, für nicht zureichend halte. So sei nun Oldenburgs Anschluß an den Zollverein von Neuem in Frage gestellt. Ob bei den weiteren Verhandlungen mit dem Landtage dieser die Bedingung fallen lassen werde, siehe dahin, denn namentlich auch durch eine Ablehnung des Steueranschlußvertrages die fragliche Eisenbahn am wenigsten errungen werden könne, so komme doch in Frage, ob derselbe für Oldenburg auch dann noch die zu bringenden Opfer werth sei, wenn es des auf erster Linie stehenden Verbindungsmittels mit dem Zollverein entbehren müsse.

Wien, d. 8. Juni. Der „Lloyd“ bespricht heute die Nachricht verschiedener Blätter von dem angeblich erfolgten Abbrechen der Verhandlungen zwischen Preußen und Oesterreich wegen der Zollfrage. Er glaubt nicht an einen prinzipiellen Dissens zwischen den beiden Regierungen und kommt schließlich zu dem Resultat, „daß der Priester, der nach Loreto wallfahrtet und immer auf zwei Schritte vorwärts einen rückwärts thut, gar lange Zeit braucht, zuletzt aber doch noch an das Ziel kommt.“ Der „Lloyd“ rechnet hiermit auf die enbliche Nachgiebigkeit Preußens, eine Ansicht, welche in Oesterreich viele Anhänger findet. — Die „Austria“ knüpft an die telegr. Nachricht von der in der Zollkonferenz zu Berlin erfolgten ablehnenden Antwort Preußens auf die Anträge der Koalition einige Bemerkungen: diese Nachricht könne betrübend, aber nicht entmutigend. Auch dieses Blatt gründet seine Hoffnungen auf eine Wendung der preussischen Politik.

Schweiz.

Aus der Schweiz, d. 7. Juni. Ein eigenthümliches Zusammentreffen ist es, daß in diesem Augenblicke, wo die diplomatischen Fäden zur Entscheidung über die Zukunft Neuenburgs wieder aufgenommen wurden, daselbst das diesjährige Schweizerische Offiziersfest gefeiert werden wird, und dieser Tage die eidgenössische Fahne aus Basel, wo dieses Fest im vorigen Jahre abgehalten, dahin getragen worden ist. Das dormalige Fürstenthum Neuenburg war es auch, wo im Jahre 1847, als die Diplomatie zu Gunsten des Sonderbundes agitirte, die einschlägigen Protokolle hatten abgefaßt werden sollen. Die Wendung, welche die Angelegenheit damals genommen, ist bekannt. — Vorgestern und gestern stellten sich Offiziere aus allen Kantonen und von verschiedenen politischen Meinungen ein. Gäste aus dem Civilstande wurden durch Neugier und die günstige Bitterung zu Tausenden herbeigeführt. Um 11 Uhr fuhr das hiesige Empfangscomité dem Centralcomité (Basel) bis Vandorin entgegen. Um 12 Uhr erfolgte unter Cavalleriebegleitung und Artilleriealben der feierliche Einzug in die Stadt, die mit Triumpfbögen und sonst geschmackvoll verziert war. Namentlich glich das Rathhaus einem bunten Thronsaal. Die Offiziere wurden in Bürgerhäusern einquartirt. Um 3 Uhr verammelte sich die Centralauschüsse, um die Traktanden für morgen zu beraten, über die noch nichts Bestimmtes ins Publikum gekommen ist. Heute Vormittag wurde in einem von den schweizerischen Offizieren und dem neuburgischen Scharführercorps gebildeten Biercafé die eidgenössische Fahne an Neuenburg übergeben. Der dieselbe bringende Hauptmann Wiland von Basel wies auf die Verpflichtung hin, das anvertraute Gut treu zu bewahren, wogegen auch die Eidgenossenschaft nicht ermangeln werde, erforderlichenfalls Beistand zu leisten. Der Empfangende, Major Philippin, glaubte versichern zu können, daß die Fahne in guter Hand ruhe. Neuenburg habe in uralter Zeit in den Buraundkriegen und auch neuerdings seine Pflicht gegen die Schweiz erfüllt etc.

In Freiburg sind die noch im Dienst zurückbehaltenen drei Infanterie-Kompanien ebenfalls entlassen. Konservative Blätter sprechen von Neuterriverfüchen, wie auch von einer Versammlung der Radikalen, wo Anträge auf Nachgiebigkeit gestellt wären. Der

große Rath ist bei Eiden zum 15. einberufen. Oberst Perrier hatte sich vor einem Fahndungsbefehl geschützt und von der Regierung sichern Geleitschein für die Versammlung des Großraths geordert; liberale Blätter versichern aber, es sei gar kein Haftbefehl gegen ihn erlassen. Die Postreuebesucher erwarten noch immer: baldige Entfernung der Regierung durch das provisorische Comité, welches unentgeltlich 10 Jahre regieren würde, Rückkehr Marilley's und der Jesuiten, Wiederberstellung der Klöster und Verminderung der Steuern. Der protestantische Bezirk Murten hat sich fast gar nicht an der Volksversammlung beteiligt. Das Comité von Postreue hat vor einigen Tagen zwei Schreiben erlassen, ein drohendes im Befehlshabertone an die Regierung, daß sie durchaus der Stimmung des Kantons entsprechen, namentlich den Großrath einberufen müsse, und eins an den Bundesrath, daß er eine im Nothfalle noch an die Bundesversammlung zu richtende Petition unterstützen und gegen vier neuere Verhaftungen einschreiten möge.

Schramm aus Langensalza, Mitglied der preussischen Nationalversammlung und zweiten Kammer, seit drei Jahren zu St. Gallen wohnhaft, ist mit Familie über Havre nach Nordamerika ausgewandert. Der Durchzug durch Frankreich ist den Flüchtlingen nur an drei Monatstagen, dem 5., 15. und 25., gestattet.

Frankreich.

Paris, d. 9. Juni. (Tel. Dep.) Der „Constitutionnel“ ist wegen der Polemik Cassagnac's zum zweiten Male verwahrt worden.

Belgien.

Brüssel, d. 9. Juni. (Tel. Dep.) Das Endergebnis der Wahlen zur Repräsentanten-Kammer ergiebt 32 Liberale und 22 Oppositionelle.

Vermischtes.

— Berlin. Es sind hier in neuer Zeit wieder verschiedene Goldmünzen zum Vorschein gekommen, welche zwar echt sind, deren Werth aber dadurch vermindert worden ist, daß man die Münzen in Scheidewasser gelegt und so die obere Fläche abgezogen hat. Man erkennt diese Münzen daran, daß sie, abgesehen von ihrer größern Leichtigkeit, ein mütteres Gepräge haben, da das Scheidewasser, wenn solches auch die Münzen ziemlich gleichmäßig angreift, doch die scharfen Kanten des Gepräges sichtlich abkumpft. Ein in solcher Weise behandelter Doppel-Friedrich'sdor, der hier in den letzten Tagen angehalten worden ist, hatte z. B. statt 11 Thlr. 10 Sgr. nur einen Werth von 9 Thlr. 28 Sgr.

— München, d. 7. Juni. Unsere Universität hat gestern einen ihrer ersten Koryphäen verloren: es starb nämlich im 70. Lebensjahre der Professor der Chemie, Hofrath Dr. Buchner, Mitglied der k. Akademie der Wissenschaften, Vorstand des pharmaceutischen Instituts etc.

— Am 4. d. M. schlug der Blitz bei Remagen am Rhein in eine Schaafherde auf dem Felde und tödtete 65 Stück, während der Schäfer, der vier Schritte davon stand, unverletzt blieb.

— In Brüssel ist Baron neulich ein allgemein bekannter Geizhals, der mehr als 100,000 Fr. in baarem Gelde hinterließ und außerdem Besitzer mehrerer Häuser war, stets aber so schmutzige und zerlumpte Kleidung trug, daß ein Bettler sie verschmäht haben würde. Aus seiner gesammelten Habe an Möbeln, Hausgeräthen, Kleidungsstücken etc. wurden nur 50 Fr. gelöst. Es befanden sich darunter sechs nie getragene, aber von Mäulen halb aufgefressene Hemden. Als er vor einigen Jahren vor einem seiner Häuser ein Fliesenpflaster legen lassen mußte, wollte er, mit einem Stocke bewaffnet, Jedermann die Betretung desselben verwehren, indem er behauptete, daß Niemand berechtigt sei, ein Pflaster abzunutzen, das er allein bezahlt habe. Die Polizei mußte einschreiten, um ihn auf andere Gedanken zu bringen.

Nachrichten aus Halle.

Am 11. Juni.

— Heute feiert der hiesige Bürger und Stärfefabrikant W. Schallain das 50jährige Jubiläum als Hallischer Bürger und zugleich als Mitglied der Gauda'schen Schüngelbude. Deputirte des Magistrats und der Stadtverordneten, sowie der hiesigen Schüngelbuden brachten am heutigen Morgen dem Jubilär ihre Glückwünsche dar, welchen sich die der zahlreichen Freunde und Bekannten des Gefeierten anschließen werden.

Naturwissenschaftlicher Verein.

Sitzung am 9. Juni.

Herr Heink berichtete über Gerhard's wichtige Entdeckung der wasserfreien Benzoyl- und Essigsäure und erörterte deren Darstellungsweise. Darauf theilte derselbe in einem längeren Vortrage seine Untersuchungen des Balraths unter Vorlegung der betreffenden Präparate mit. Es besteht dieses Fett hiernach im Wesentlichen aus den Acetalverbindungen folgender Säuren:

C³⁶ H³⁶ O⁴
C³⁴ H³² O⁴
C³² H³² O⁴
C³⁰ H³⁰ O⁴
C²⁸ H²⁸ O⁴
C²⁶ H²⁶ O⁴

Die Säuren dieser Gruppe mit der geringeren Anzahl von CH Äquivalenten lassen sich als fortschreitende Oxydationsprodukte von C³⁶ H³⁶ O⁴ in Folge des Lebensprozesses im thierischen Organismus betrachten.

Hallische Zeitung

(im Schwetschke'schen Verlage).

Politisches und
für Stadt



literarisches Blatt
und Land.

In der Expedition der Hallischen Zeitung (Schwetschke). — Redakteur Dr. Schadeberg.

Fortsetzung des Hallischen Couriers (im Schwetschke'schen Verlage).

N 269.

Halle, Sonnabend den 12. Juni
Erste Ausgabe.

1852.

Deutschland.

Berlin, d. 9. Juni. Ueber die letzten Ministerberathungen unter Vorherrschaft des Königs am 5. Juni sind wieder eine Anzahl so irriger Mittheilungen in Circulation gesetzt, daß es als eine Nothwendigkeit erscheint, hierüber genauer zu berichten. Die Anhänger der ewigen Ministerkrise sind getäuscht worden, indem das jetzige Ministerium in allen von Parteien nicht ist in der Pairie stimmig geworden die fernere Handlung in internen Politik. Seine Meinungsbeurtheilung über das bureaukratische das ständische-juristische Minister sich tiefen, enthält eben unsere Zustände. Kammerwesen und ein rein ständische, die doch in erklären. Halbklare Element wird in Ständen erhalten in mächtige Bureaukratischen äußersten Rechten wird, als sie da will. Dieses ist doch annähernd in wir ihm eine Laissez-faire die Oberhand ausgewachsen, sondern ist in der nach Art. 65 der gewährt von den gewährt von je Kreis. Die ant hinzukommen, w gesetzte I. Kammer tritt das Ge worauf die pro erlassenden Gesetze eine solche gesammelte Verordnungs- und die Ordnung ist ein definitiver Beschluß nur insofern gefaßt, als mit der fernern Einführung der Gemeindeordnung vom 11. März 1850 nicht weiter auf dem Lande vorgeschritten werden und da, wo sie eingeführt ist, dieselbe aufgehoben (!) werden und die frühere einweisen an ihre Stelle treten soll. Eine definitive Lösung dieser Frage wird erst nach erfolgtem Zutritt der nächsten Kammern erfolgen.



Berlin, d. 10. Juni. Der Prinz Karl ist von hier nach Weimar abgereist. Der außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister am Königl. Hannoverischen Hofe, General der Kavallerie und General-Adjutant des Königs, Graf von Nothke, ist heute früh nach Hannover und Oldenburg von hier abgegangen. Der Ministerpräsident und der Handelsminister reisen heute zur Besichtigung der Industrie-Ausstellung nach Breslau ab. Die Erklärung Preußens in der Zollkonferenz ist den Bevollmächtigten auch gedruckt übergeben worden. Das „C.-B.“ enthält folgende Mittheilung: „Es ist schon von mehreren Seiten zu erkennen gegeben worden, daß eine Verständigung

unter sämtlichen Deutschen Regierungen über die Anwendung gleicher Grundsätze bei Emanirung, Umlauf, Aufarbeit, Wiedereinziehung von Papiergeld wünschenswerth erscheine. Was Preußen anbetrifft so ist es jedenfalls sehr hierbei betheiligung, und man hat diesseits Grund genug zu Erwägungen in dieser Richtung, je mehr unser Land gerade Abzugskanal für das Papiergeld aller Kleinstaaten geworden ist. Von durchgehender Wirkung würde in der That nur eine Vereinigung der Regierungen darüber sein, bis zu welcher Höhe in den Einzelstaaten Papiergeld überhaupt emanirt werden dürfte. Die Absicht Verhandlungen hierüber, wenn auch vielleicht nicht in Frankfurt a. M. sondern auf anderem Wege herbeizuführen, war jedenfalls vorhanden und sie ist sicher ausdrücklicher Weise nicht aufgegeben. Unwahrscheinlich scheint es dagegen, daß schon die nächste Zeit als geeignet für derartige Verhandlungen erscheinen möchte, und um so mehr Grund wäre vorhanden, den Weg partieller Einigung zu betreten. Die Kräfte in der sich die Gestaltung der Deutschen Zoll- und Handelsverhältnisse befindet, und die bevorstehende Entwicklung und Entscheidung derselben scheint geeignet, auch der Erledigung dieses Punktes Beschub zu leisten. Es ist nicht anzunehmen, daß es an betreffenden Stelle dazu an Anregung fehlen sollte, und so ist es vielleicht möglich, neben der Konstituierung des neuen Zollvereins eine Vereinigung unter den denselben bildenden Regierungen über die Papiergeldverhältnisse stattfinden zu lassen. — Eine solche Vereinbarung würde dann wohl auch zur Folge haben, daß die außerhalb derselben stehenden Staaten aufgehört, für ihr Papiergeld den jetzigen offenen Markja die gefällige meist vorhandene Annahme desselben in öffentlichen Kassen zu genießen.“ Die „N. Pr. Z.“ fügt dieser Mittheilung hinzu: Es dürfte diese Vereinbarung um so mehr zu befehlen sein als bei der beabsichtigten „Regelung der Geldverhältnisse der Friedl. Wih.-Nordbahn“ wieder eine Emanirung von 4 1/2 Millionen Kurhessischer Eisenbahnscheine in Aussicht steht, die Preußen zu überfluthen drohen, und denen daher bei Zeiten ein Damm entgegenzusetzen sein dürfte!

Von Seiten der groß. badischen Regierung ist, wie verlautet nun ebenfalls die förmliche Ratifikation der handelspolitischen Uebereinkünfte, welche von den Bevollmächtigten Baierns, Sachsens, Württembergs, der beiden Hessen und Nassaus Anfangs April in Darmstadt abgeschlossen worden waren, ausgefertigt worden. Die Auswechslung der Ratifikationen dieser Traktate von Seiten der übrigen genannten Staaten war bereits am 20. April in Frankfurt erfolgt.

Auf Veranlassung des Konfiskationsrats wird jetzt in vielen evangelischen Gemeinden der Mark folgende Ansprache in Betreff der Festenmissionen zur Vorbereitung auf eine kirchliche Kollekte verbreitet. Die ungemein rege Thätigkeit der römisch-katholischen Kirche, allem die Jesuitenmissionen, bringen über viele unter einer katholischen Bevölkerung lebenden evangelischen Brüder sehr große und dringende Gefahren des Abfalles. Der Gustav-Adolf-Verein bereitet diesen unsern fährlichen Glaubensgenossen zwar Schutz nach seinen besten Kräften; sie reich jedoch bei Weitem nicht aus, können auch nur solchen zu Gute kommen, die reich genug besonnen sind, um neue Gemeinden zu bilden; den Vereinzelten niemals. Diese aber leben dann ohne kirchliches Bewußtsein, ohne Wort und Sacrament, und zeigen sich daher auch oft in ihrem sündlichen Verhalten auf einem niedrigeren Stufe, als die Klasse der sie umgebenden Bevölkerung, welche sich dann daran gewöhnt, das innerliche Leben der evangelischen Kirche nach dem Maßstab zu beurtheilen, welchen solche einzelne, verkommene Glieder derselben gewöhnen. Dies hat unsere höchste Kirchenbehörde, der hochwürdigste evangelische Oberkirchenrath in Berlin, zu Bergen genommen, und will für die evangelischen Provinzen unsern theuren Vaterland ein geordnetes System von evangelischen Missionen oder Reisepredigern zur Abwendung von evangelischen Gefahren ins Leben rufen. Es fehlt jedoch an den Geldmitteln dazu, und bevor solche durch die Regierung und die Kammern bewilligt werden können dürfen schon sehr viele evangelische Christen ihrem Befenntnisse untreu geworden sein; zum großen Theile ohne ihre Schuld. Der evangelische Oberkirchenrath will der sich daher zum erkennmal an die freie Liebe der Gemeinden. Er hat in aller evangel. Kirchen des Landes auf den nächsten Sonntag, den ersten nach Trinitatis